

Wofür wir stehen

- **frauen* in bunt**¹ versteht sich als Fraueninitiative gegen den sich in der Mitte der Gesellschaft ausbreitenden Rechtspopulismus, gegen Rassismus, Sexismus und Homophobie, gegen Gewalt und den salonfähig gewordenen Hass auf alles, was „anders“ ist. **frauen* in bunt** will feministisch-politisch Position beziehen und kreativ aktiv werden für eine geschlechtergerechte, demokratische, vielfältige und inklusive Gesellschaft.
- **frauen* in bunt** signalisiert größtmögliche „bunte“ Vielfalt und eine internationale Perspektive. Wir wollen eine dezentrale Kommunikationsstruktur und Aktionsplattform sein, die Frauen* unterschiedlicher Altersgruppen, sexueller Orientierungen, Herkunft, Hautfarbe und Staatsangehörigkeiten, Kulturen und Religionen sowie Frauen mit und ohne Behinderungen zusammenbringt. Wir wünschen uns, dass die Initiative **frauen* in bunt** auch in anderen Städten und Gemeinden sichtbar und aktiv wird und im Umfeld der Wahlen 2017 viele gute Aktionen auf den Weg bringt.
- **frauen* in bunt** bekennt sich zu Humanität und Mitmenschlichkeit, zu Liebe und Empathie statt Hass und Diskriminierung, zu gegenseitigem Respekt und Gewaltfreiheit, zur Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte, zu sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit, zu ökologischer Nachhaltigkeit und zur Solidarität mit Minderheiten und Ausgegrenzten.
- Wir wollen erhalten und weiter entwickeln, was die Zivilgesellschaft über viele Jahrzehnte erkämpft hat. Dabei denken wir vor allem an die Frauen-, Lesben- und Friedensbewegung, Entwicklungs-, Menschenrechts- und Umweltorganisationen, an Netzwerke von Migrant*innen und geflüchteten Menschen, an Gewerkschaften, Arbeiter*innen-/Arbeitslosenbewegung und an das LGBTIQ*-Movement. Für die erkämpften Rechte und Freiheiten treten wir ein und wenden uns gegen die rückwärtsgewandten Kräfte in der Gesellschaft. Dabei streben wir als **frauen* in bunt** eine lebendige Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die diese Überzeugungen teilen, an.
- Inspiration, Kraft und Mut beziehen wir aus dem Erbe unserer Vorkämpferinnen*. Dabei denken wir auch an „Frauen in Schwarz“, die besonders in den neunziger Jahren gegen Militarisierung und Kriege in vielen Teilen der Welt auf die Straße gegangen sind. Sie haben uns inspiriert zu **frauen* in bunt**. Eine Ermutigung aus jüngster Vergangenheit ist uns der US-amerikanische Women’s March, der im Januar 2017 begann und bisher etwa 3 Millionen Menschen gegen die destruktive, reaktionäre und menschenverachtende Politik des US-amerikanischen Präsidenten auf die Straße gebracht hat.

¹ Das Sternchen* kennzeichnet den Begriff „Frauen“ als soziales Konstrukt, unabhängig vom biologischen Geschlecht.

Wofür wir uns einsetzen und was wir von den demokratischen politischen Parteien erwarten

- 1. Wir fordern die uneingeschränkte Anerkennung und Umsetzung der Rechte von Frauen*.** Frauen*rechte sind Menschenrechte und als solche unteilbar und unveräußerlich. Wir wenden uns gegen jedwede Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Hautfarbe, ihres Flucht- oder Migrationshintergrundes oder sonstiger Merkmale. Armut, von der nach wie vor überwiegend Frauen* und Kinder betroffen sind, führt zu Diskriminierung und Ausgrenzung und muss daher wirkungsvoll bekämpft werden. Frauenrechte und Fortschritte in der Gleichstellung dürfen nicht wieder abgebaut, sondern müssen weiter entwickelt werden – denn über die Hälfte der Bevölkerung wird immer noch eklatant benachteiligt und diskriminiert!

Wir fordern die demokratischen politischen Parteien dazu auf, sich konsequent für die Umsetzung von Art. 3 Grundgesetz einzusetzen, z.B. gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, gleicher Zugang zu Bildungs-, Berufs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Darüber hinaus fordern wir eine gerechte Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Sorge-Arbeit und eine breite gesellschaftliche Kontrolle über und Teilhabe an den ökonomischen und ökologischen Ressourcen.

Wir erwarten u.a.

- gesetzliche Regelungen gegen geschlechtsbezogene Entgelt- und Rentendiskriminierung;
 - Umsetzung der Gleichstellung in den Tarifverträgen des Öffentlichen Dienstes;
 - Aufwertung und angemessene Bezahlung von Tätigkeiten, in denen vor allem Frauen* beschäftigt sind (Erziehung, Gesundheit, Altersversorgung, Einzelhandel);
 - Abschaffung von Anreizen im Steuersystem, die einer (geschlechter)gerechten Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit entgegenstehen (Ehegattensplitting);
 - flächendeckende Schaffung kostenloser Kitaplätze, um insbesondere das Armutsrisiko alleinerziehender Frauen* zu verringern;
 - Einführung eines gesicherten Grundeinkommens.
- 2. Wir setzen uns ein für Gewaltfreiheit und für Vielfalt statt Einfalt.** Eine bunte, multikulturelle Gesellschaft, in der die Menschen sich gegenseitig respektieren, wertschätzen und voneinander lernen, ist die beste Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben bei gleichzeitiger gegenseitiger Bereicherung. Jede Form von Gewalttätigkeit gegen Menschen muss geächtet werden. Die immer noch gesellschaftlich geduldete Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* – ob in sexualisierter Form, ob physischer, psychischer oder sonstiger Art – ist auf allen Ebenen zu bekämpfen. Aber auch den Angriffen gegen Geflüchtete, den sich mehrenden Gewalttaten gegenüber LGBTIQ* und den zunehmenden Bedrohungsinszenierungen durch rechtsnationale Kräfte im öffentlichen Raum treten wir entschieden entgegen.

Wir erwarten von den demokratischen politischen Parteien eine Bildungs-, Sozial- und Kulturpolitik, die Solidarität, Vielfalt, Dialog und Zusammenarbeit fördert. Wir fordern, dass endlich umfassende politische, gesellschaftliche und rechtliche Voraussetzungen für ein Leben ohne Gewalt geschaffen werden. Dazu gehören u.a.

- Umsetzung einer umfassenden Antigewaltpädagogik (d.h. konsequente Gewalt-Prävention in allen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen von der Kita bis zu den Hochschulen);
- Absicherung und Ausbau der Beratungs- und Hilfeinfrastruktur für von Gewalt betroffene Frauen;
- die konsequente gesetzliche Sanktionierung und strafrechtliche Verfolgung jeglicher Form von Gewalt;
- gesicherter Aufenthaltsstatus für Frauen* ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die Gewalt in der Ehe, Zwangsheirat oder Zwangsprostitution erleiden;
- wirksame gesetzliche Regelungen gegen sexistische, rassistische und gewaltverherrlichende Beiträge in den Medien.

3. Wir wollen eine lebendige Demokratie und widersetzen uns dem zunehmenden Rechtspopulismus und jeglichen autoritären Machtbestrebungen.

Es gilt, das demokratische System zu erneuern und so zu gestalten, dass die Teilhabe Aller an politischen Entscheidungen gewährleistet ist. Die Demokratien in Europa und weltweit sind gefährdet durch rechtspopulistische Kräfte, die auf die Errichtung autoritärer Machtssysteme hinarbeiten. Wir setzen uns im Zusammenwirken mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften für eine erneuerte, teilhabeorientierte Demokratie ein und wenden uns aktiv gegen ihre offene oder schleichende Unterwanderung.

Wir fordern die demokratischen politischen Parteien auf, klar Position gegen den sich in der Mitte der Gesellschaft ausbreitenden Rechtspopulismus zu beziehen und nicht aus wahltaktischen Gründen rechte Positionen zu übernehmen oder ihnen eine Bühne zu geben. Wir erwarten daher von den Parteien

- eine politische und inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Vorstellungen und rechtsintellektuellen Beiträgen;
- eine klare Abgrenzung von und Widerstand gegen rechte Positionen und die sie vertretenden Parteien, Organisationen und Personen.

4. Wir setzen uns ein für ein gerechtes und ökologisch nachhaltiges

Wirtschaftssystem hier und weltweit. Der globale Neoliberalismus mit seinen entfesselten Finanzmärkten, seinem Wachstumswahn und seiner Profitgier richtet die Menschheit und den Planeten zugrunde. Die weltweite Ungleichverteilung nimmt rasant zu, der wachsende Reichtum Weniger speist sich aus der Verarmung immer größerer Teile der Weltbevölkerung – und Armut ist nach wie vor weiblich. Weitere Folgen der herrschenden Wirtschaftslogik sind die Zerstörung der Natur, der Klimawandel, die Zunahme von Kriegen und gewaltsamen Konflikten, die Ausbreitung extremistischer Bewegungen und – für immer mehr Menschen weltweit –

die überlebensnotwendige Flucht oder Migration. Wir fordern einen grundlegenden Wertewandel in der Ökonomie. Gesellschaft, Wissenschaft und Politik sind dazu aufgerufen, ein sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltiges und geschlechtergerechtes Wirtschaftssystem zu entwickeln und umzusetzen, das den Bedürfnissen aller Menschen und dem Erhalt des Planeten dient.

Wir fordern die demokratischen politischen Parteien dazu auf, die Debatte darüber zu führen und schon jetzt deutliche Schritte in dieser Richtung in ihre Programme aufzunehmen. Wirtschaftspolitik muss sich orientieren an den Werten einer Ökonomie der Genügsamkeit und des „Guten Lebens“. Wir erwarten daher wirtschafts-, außen- und entwicklungspolitische Programme der Parteien, die darauf ausgerichtet sind, hier und weltweit

- solidarische Gemeinschaftsformen und eine (geschlechter)gerechte Verteilung von Ressourcen zu stärken;
- regionalisierte, sozial kontrollierbare Wirtschaftskreisläufe zu ermöglichen und zu schützen und den zunehmenden Land- und Ressourcenraub zu bekämpfen;
- eine natur- und klimagerechte Produktion zu fördern, die den Grundbedürfnissen der Menschen (entsprechend der UN-Menschenrechtserklärung) entspricht und ihnen ein Leben in Würde gewährleistet;
- wirksame Maßnahmen zu ergreifen gegen die fortgesetzte Begünstigung der Reichen zu Lasten der (vor allem weiblichen) Mehrheit der Weltbevölkerung (z.B. durch Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte, Abschaffung von Steueroasen, Ablehnung von Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA, Verhinderung der weiteren Industrialisierung und Exportorientierung der Landwirtschaft, Bekämpfung der Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte hier und im globalen Süden);
- Rüstungsproduktion und -exporte zu stoppen.